

## **Marion von Wartenberg, Fraktion ver.di, ACA, IG Metall**

„Seit zwei Tagen scheint „die Katze aus dem Sack“. Bundesgesundheitsminister Lauterbach kündigt einen Kostensprung für die gesetzlich Krankenversicherten an und hat konkretisiert, wie das Defizit bei den gesetzlichen Kassen – je nach Sichtweise 22 - 25 Mrd. Euro – ausgeglichen werden soll. Das Szenario hierzu entspricht unseren „schlimmsten Erwartungen“. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag soll in diesem Jahr um 0,3 Prozent steigen. Dieser Anstieg wird aber für das Jahr 2023 nicht ausreichend sein und die Versicherten müssen mit höheren Beiträgen rechnen. Der Bund macht sich einen „schlanken Fuß“ und die gesetzlich Versicherten zahlen für:

- Entscheidungen aus der Ära Spahn
- Sie zahlen für Pandemiefolgekosten und
- natürlich auch für die Folgen des Ukrainekriegs, denn die Finanzierung der versicherten ALG II-Empfänger ist nicht ausreichend. Die Mittel hierfür müssten vom Finanzminister und Arbeitsminister bereitgestellt werden.

Hier ist kein Geld in Sicht. Weil jedoch eine zu hohe Beitragssatz- und Zusatzbeitragssatzerhöhung in Zeiten der galoppierenden Inflation auf den Nerv der Menschen treffen und sie finanziell überfordern, bedarf es weiterer Maßnahmen durch die „Hintertür“. Jetzt kommt es zum „Rücklagenabbau“ der Reserven des Gesundheitsfonds (2,4 Mrd. Euro) als auch bei den Einzelkassen. Hier nennt Minister Lauterbach den Betrag von 4 Mrd. Euro. Also in Summe 6,4 Mrd. Euro. 1 Mrd. Euro soll den Kassen als Darlehen geliehen werden. So bleibt die Schuldenbremse des Finanzministers unangetastet. Das ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der gesetzlichen Krankenkassen. Und auch die Forderung nach dem Abbau von Satzungsleistungen wabert durch den politischen Raum.

Beim Beitragssatz kommen dann wir als Mitglieder der Verwaltungsräte ins Spiel. Der Bund selbst denkt über einen Zuschuss von 2 Mrd. Euro nach. Und gegebenenfalls soll die Pharmaindustrie – aufgrund Ihrer Gewinne in Zeiten der Pandemie – zu einer Sonderabgabe von 1 oder 2 Mrd. Euro verpflichtet werden. Kein Wort aber zur Mehrwertsteuerabsenkung für Arzneimittel. Dafür regieren im Gesundheitsministerium zwei Minister des Koalitionspartners mit. Ein völlig neues Niveau. Plötzlich skizzieren der Finanzminister und Justizminister den Weg, wo es lang geht. Ob das so kommt, werden wir nächste Woche sehen und hören, wenn Herrn Lauterbachs Vorschläge im Bundestag verhandelt werden.

Wir alle wissen, dass nicht nur die GKV unterfinanziert ist, sondern auch die Pflegeversicherung ein Defizit von 2,5 Mrd. Euro ausweist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle für unsere Fraktion dem Vorstandsvorsitzenden Andreas Storm für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und seine klaren Worte danken. Wir stehen tatsächlich vor einem

Beitragstsunami. Und wir beklagen, dass es im Bereich der Pflegereform einen absoluten Stillstand gibt. Personal- bzw. Fachkräftemangel, die richtige Forderung nach Tariflohnbindung, aber keine konkreten Schritte zur Abkehr der Investitionskostenbeteiligung durch Pflegeheimbewohner, führt zu einer immensen Kostensteigerung für die Betroffenen.

Die DAK-Gesundheit hat alternative Modelle vorgestellt, wissenschaftlich belegt und öffentlich diskutiert. Allein, das Amtsverständnis des Gesundheitsministers ist sehr pandemielastig. Der Mahner Lauterbach, lässt uns dennoch vermutlich zum wiederholten Mal schlecht vorbereitet in die nächste herbstliche Welle schlittern. Coronatests nur noch eingeschränkt kostenlos anzubieten, heißt „Augen zu und durch“ oder „nach mir die Sintflut“ und heißt auch, im Hinblick auf den Ampelpartner-FDP: ihr dürft noch evaluieren lassen, ob die Maske was bringt. Die Gesellschaft trägt die Kosten eurer Freiheitsliebe. Macht was ihr wollt - whatever it takes.

Massive Probleme unseres Gesundheitssystems bleiben weitgehend „unterbelichtet“.

Corona hat aufgezeigt, wie abhängig wir in einer globalisierten Welt geworden sind. Nicht nur bei der Maskenbeschaffung (bei der manch' goldene Nase verdient wurde) - nein, wir hatten auch massive Arzneimittelversorgungsengpässe - keineswegs Lappalien, denn z.B. waren Antihormone wie Tamoxifen für Brustkrebspatientinnen oder Schilddrüsenersatzhormone nicht verfügbar. Wir als Verwaltungsräte wissen, dass die Wirkstoffproduktion seit vielen Jahren einem Konzentrationsprozess unterliegt. Das führt in Pandemie - oder Kriegszeiten in bestimmten Regionen zu Ausfällen, die bislang nicht kompensiert werden können. Deshalb brauchen wir einerseits ein Frühwarnsystem, wir müssen vorausschauend planen und reagieren können. Die Pandemie hat aber auch deutlich gezeigt, dass wir eigene Produktionsstätten halten und ausbauen müssen. Darüber hat sich der AGS und meine Fraktion in mehreren Sitzungen immer wieder ausgetauscht.

Und auch das folgende Thema beschäftigt uns sehr, Kollege Hoof hat es in seinem Bericht ebenfalls aufgegriffen. Wir erleben eine zunehmende Ökonomisierung im Krankenhaus- und Pflegebereich. Fast 40 % der Krankenhäuser sind privatwirtschaftlich geführt - hier lassen sich Rendite zu Lasten der Versicherten erwirtschaften- zum Teil über 10 Prozent! Das gibt es in keinem anderen Wirtschaftsbereich.

Dasselbe gilt auch für medizinische Versorgungszentren. Öffentlich - rechtliche, kommunale Häuser haben eine Garantenpflicht - ein kommunales Haus muss auch erlösschwache Abteilungen vorhalten. Private Krankenhaus- und Pflegekonzerne erlösen ihre Gewinne durch Spezialisierungen, sie fragen, ob der Patient gewinnbringend ist. Die neue Bandscheibe, das Knie, etc. seien hier als Beispiele genannt. Liebe Kolleginnen, diese Bereiche dürfen keine Spekulationsobjekte werden! Hier müssen wir, nicht zuletzt als

Verwaltungsräte, unsere Stimme erheben und in den eigenen Kommunen, Regionen und Landkreisen einbringen. Gesundheit ist ein hohes Gut und es bedarf vielfältiger Maßnahmen, um die finanziellen Defizite im Gesundheitsbereich auszugleichen. Spätestens seit Beginn der Pandemie mussten wir lernen, dass Gesundheit ein kostbares, oftmals teures Gut ist. Lasst uns als Verwaltungsrat dafür eintreten, dass die Eckpfeiler des solidarischen Gesundheitssystems starke Säulen bleiben.

Eine abschließende Feststellung meiner Fraktion Verdi/ACA/IG-Metall möchte ich noch hinzufügen. In der jetzigen Situation halten wir es für angemessen, die Sitzungen des Verwaltungsrates qualitativ hochwertig digital durchzuführen. Wir - und auch die Beschäftigten – der DAK-Gesundheit brauchen Planungssicherheit, die Sicherheit der Gesunderhaltung, das gebietet die Vernunft. Wenn wir von vernünftigem Verhalten reden, möchten wir das zum Anlass nehmen, denjenigen zu danken, die in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit geleistet haben. Dazu beigetragen hat auch die sehr rasch zur Verfügung gestellte Technik, die von den Beschäftigten und auch von uns gut und gerne angenommen wurde und wird. Und auch der technische support ist hervorragend. Ganz herzlichen Dank an die Beschäftigten für ihre herausragenden Leistungen. Danken möchten wir dem gesamten Vorstand für sein vorausschauendes politisches Handeln, um die DAK Gesundheit auch zukünftig in gutem „Fahrwasser“ zu halten.“